



Klimawandel

Erste Geier gesichtet

Beginnt die Spekulation?

Wir wurden darauf aufmerksam gemacht: „An der Frankfurter Straße, Richtung Walldorf, stehen links im Feld neue Schilder: „Ich bin Inhaber dieses Grundstückes“. Tatsächlich, in der Nähe des Geländes, wo man ein zentrales Feuerwehrgerätehaus hinbauen wollte und auf ca. 20 Hektar 1.200 Wohnungen für rund 3.000 Einwohner bauen will, wurden schon mal „Claims“ abgesteckt. „Ein Schuft, wer Böses dabei denkt.“

Also wollen wir gerne nett sein und uns nichts Böses denken, wenn wir folgendes sehen:

Auf den Schildern zeigt ein Herr Faber an, dass er jetzt Besitzer dieses Ackerstückes sei.

Herr Faber ist Inhaber und Geschäftsführer der Werbeagentur CMF in der Kurhessenstraße. Das Motto des Unternehmens:

„CMF steht für Claus M. Faber. Als Inhaber setzt er sich persönlich dafür ein, dass die Rechnung unserer Kunden aufgeht. Mit Kontinuität und dem Willen zum Erfolg.“

Das hat er 2016 für seinen Kunden „Freie Wähler“ getan. CMF-Eigenwerbung: „Aus dem Stand heraus sensationelle 22,8% für die Freien Wähler als Newcomer. Damit ist die Partei mit 10 Sitzen zweitstärkste Kraft im Stadtparlament.“ (Beiläufig: Die gleiche Firma erhielt den Auftrag für das neue Stadt-Logo.)
Siehe auch: www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/2018_09_573.pdf

Im Programm der „Freien Wähler“ steht:

„Eine Zentralisierung der Rathäuser, Feuerwehren und Bauhöfe im Bereich der Bertha-von-Suttner-Schule mit Geschäften und Gastronomie soll realisiert werden.“

Also kann es ja schon hilfreich sein, wenn man in diesem Gebiet ein paar Grundstücke besitzt.

Aber, wie gesagt, wir wollen bei all dem gerne an den reinen Zufall glauben und uns nichts Böses dabei denken.

Warum wurde Heinz-Peter Becker abgewählt?

Die DKP/Linke Liste diskutierte das Ergebnis der Bürgermeisterwahl. In einer Erklärung hieß es u.a.:

... Abgeschlossen ist die Bewertung der „Abwahl“ des langjährigen Bürgermeisters noch lange nicht. Manches wird noch längere Zeit „nachwirken“ und über Ursachen und Hintergründe wird noch länger zu reden sein. Deshalb eher als „Zwischenbilanz“ ein paar weitere Gedanken aus den bisherigen Beratungen der DKP/LL:

Vor Ort kam es nicht erst in den letzten Wochen zu einer „Wendestimmung“.

Viele Gründe dafür liegen auf der Hand: Das Auftreten der neuen Koalition SPD/FW/FDP nach der Kommunalwahl 2016 mit einem neuen Ersten Stadtrat und dem Abhängen der Transparente für Nachtflugverbot von 22–6 Uhr, gegen Fluglärm und Flughafenerweiterung. Grundsteuer-B-Erhöhungen, Kürzung der Vereinszuschüsse und andere Belastungen, Straßenbeiträge, Feuerwehrstandorte, Kostenexplosion Kläranlage verbunden mit angekündigten Gebührenerhöhungen (Wasser/Abwasser) etc. Die langjährige Zurückhaltung der SPD gegenüber Umweltproblemen - von Flughafenerweiterung bis Sehring etc. - oft hervorgerufen von der „Fraport-Loyalität“ vieler Sozialdemokraten.

Es gab aber auch eine Häufung der „Arroganz der Macht“ (undurchsichtige Verwaltungsarbeit,

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

fehlende Bürgernähe). Aussagen von Passanten machten nachdenklich: „Der Bürgermeister verspricht - aber es geschieht nichts!“

Die SPD hat nach dem „Koalitionswechsel“ der neoliberalen Politik der Freien Wähler und der FDP nichts entgegengesetzt. Die SPD hat seit Beginn der neoliberalen Wende in unserem Land mit wechselnden Partnern auf kommunaler Ebene diese stets mitgetragen und den kommunalen „Gerichtsvollzieher“ der Verarmungspolitik ihrer Bundespartei gespielt! ... Wer ... die Rüstung verdoppelt, muss die „kleinen Leute“ vor Ort zur Kasse bitten. Viele sehen das so. Nicht zuletzt daraus resultiert die allgemeine SPD-Schwäche. ...

Zur allgemeinen SPD-Schwäche kam die zunehmende Erkenntnis: der Klimawandel ist real. Die neuen Rodungen bei uns (Flughafen + Kiesabbau). Wie könnte es weitergehen? ...

Die SPD braucht eine kritischen „Wahlanalyse“. Sie muss von ihrer ‚Hohen-Ross-Politik‘ herunter, an der sie mit ihren Koalitionspartnern anscheinend festhalten will. Dafür sprechen Äußerungen wie „Wir haben alles richtig gemacht.“ oder „Die Koalition stand nicht zur Wahl!“

Erste Zeichen müssen bald gesetzt werden. ... Klar muss aber sein - die Umsetzung einer anderen Politik wird ohne die Unterstützung der Bevölkerung nicht möglich sein. Vor allem bei sozialen Fragen - hier vor allem „bezahlbares Wohnen“ und KITAS- und der Steuerpolitik ist „Haltung“ gefragt. Wir erwarten neue Ansätze in der Umweltpolitik. Viele wollen, dass die Transparente gegen Fluglärm und den weiteren Flughafen ausbau wieder aufgehängt werden. Die Bebauung der „grünen Lunge“ zwischen Mörfelden und Walldorf muss unterbleiben, der beginnenden Bodenspekulation muss Einhalt geboten werden. Die Unterstützung der Vereine muss wieder in alter Höhe erfolgen.

Auch aus der Kommune müssen weitere Initiativen für den Frieden ausgehen. Man muss weiter wachsam sein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und das Auftreten neuer Nazis.

Die DKP/Linke Liste wird im Parlament und außerparlamentarisch mit dem „blickpunkt“ für gemeinsames Handeln bei den angesprochenen Themen wirken.

Die Erklärung kann man ungekürzt auf der DKP-Webseite lesen: www.dkp-mw.de

Enteignen! Was sonst?

Das Recht auf ein Zuhause, das man sich leisten kann, gehört zu den im UN-Sozialpakt von 1966 postulierten Menschenrechten.

Angesichts der Unverschämtheit, mit der Immobilienkonzerne Mieter in die Armut treiben, ist es an der Zeit, Artikel 15 des Grundgesetzes endlich zum ersten Mal anzuwenden. Danach ist es zulässig, „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel“ in Gemeineigentum zu überführen – gegen Entschädigung. Wie hoch die sein sollte, steht dort nicht.

Im Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ wird verlangt, dem Immobilienkonzern seine Tochter GSW mit ihren 62.000 Wohnungen wieder zu entziehen. Dieser hatte die Gesellschaft 2013 von der „Heuschrecke“ Cerberus übernommen. Und die wiederum hat die „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ 2004 von der Stadt erworben, auf Beschluss des damaligen rot-roten Senats. Der Kaufpreis damals: 405 Millionen Euro.

Derzeit sind selbst die Initiatoren des Volksbegehrens bereit, der Deutschen Wohnen 7 bis 14 Milliarden Euro Entschädigung zu geben und damit das 30-Fache der damals bezahlten Summe. Der rot-rot-grüne Senat will sogar 28 bis 36 Milliarden rüberreichen. Angesichts der dringend benötigten Gelder für den Neubau bezahlbarer Wohnungen in öffentlicher Hand wäre das Irrsinn. Eine Enteignung, die dem Gemeinwohl diene, müsste für den Konzern mindestens sehr schmerzhaft sein. Nun macht man Stimmung gegen den Vorschlag, den die Linke unterstützt.

Merkel ist dagegen, die FDP, die AfD. Die Grünen teilweise. Parteichef Robert Habeck betonte, dass man in der jetzigen Notlage kein Mittel ausschließen dürfe. Die Jusos u.a. lavieren. Aber wer war entschieden dagegen? Die SPD-Spitze mit Andrea Nahles! Es gibt viele Wege, sein Wählerklientel zu vergraulen. Die Nahles kennt alle.



Eigentlich besteht ein Moratorium für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, nun wurde trotzdem eine Rüstungslieferung für das Land genehmigt. Wirtschaftsminister Peter Altmaier: „... wir wollen vertragstreu sein und versprochene Komponenten liefern.“ Der Bundessicherheitsrat hatte sofort nach der Lockerung des Rüstungsexportstopps für Saudi-Arabien eine erste Lieferung für das am Jemen-Krieg beteiligte Königreich genehmigt. Es bleibt dabei: „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt.“

**Jörg Cezanne, MdB
Fraktion
„Die Linke“**



Dieselbetrug und kein Ende

Die unfassbaren Nachrichten beim Dieselbetrug reißen nicht ab. Selbst neue Daimler-SUVs schalten die Abgasreinigung einfach ab. VW, BMW und Daimler haben sich offenbar abgesprochen, SCR-Katalysatoren für Dieselmotoren in Europa nicht einzubauen. Und das, obwohl sie das in jedem in den USA verkauften Auto bereits tun.

Die Bundesregierung versucht, das Problem einfach weg zu beschließen. Statt dafür zu sorgen, dass die Motoren sauber werden, wird der Grenzwert aufgeweicht. Statt der europaweit festgelegten 40 Mikrogramm soll jetzt eine Stickoxidbelastung in der Luft von 50 Mikrogramm unschädlich sein und nicht zu einem Fahrverbot führen. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat bereits festgestellt, dass das neue Gesetz klar gegen europäisches Recht verstößt.

An einer wirksamen technischen Nachrüstung der Dieselaautos auf Kosten der Autohersteller führt kein Weg vorbei. Nur so kann der Schaden der Autofahrer behoben werden. Durch den nachträglichen Einbau von SCR-Katalysatoren kann der Stickstoffausstoß der Dieselmotoren, wie der ADAC gezeigt hat, um bis zu 90 Prozent gesenkt werden. Zusätzlich müssen die Hersteller für ihren Betrug zur Rechenschaft gezogen werden. Die EU-Fahrzeuggenehmigungsverordnung sieht Bußgelder in Höhe von 5.000 Euro pro manipuliertem Fahrzeug vor. Mit den erhobenen Bußgeldern könnte in eine Mobilität der Zukunft investiert werden. Der Verbrennungsmotor ist vor allem beim PKW ein Auslaufmodell. Wir brauchen eine Verkehrswende, die den öffentlichen Verkehr mit Bussen und Bahnen in den Mittelpunkt stellt.



DKP/LL aktiv

Infostände in Walldorf (Foto) und in Mörfelden. Die DKP/Linke Liste unterstützte den Aufruf zum Ostermarsch 2019 in Frankfurt a.M. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Mörfelden-Walldorf und die Presse wurden über die traditionellen Veranstaltungen der Friedensbewegung informiert.

Die DKP/LL erinnerte: Der Ostermarsch hat in unserer Stadt eine lange Tradition. Seit den 1960er Jahren nehmen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an den Oster-Aktionen der Friedensbewegung teil. Oft war das Mörfelder Volkshaus letztes „Nachtlager“ der Ostermarschierer vor dem Abschluss in Frankfurt. Pfarrer Kurt Oeser gehörte über Jahrzehnte zu den Unterstützern, Organisatoren und Aufrufern des Ostermarschs, der sich ursprünglich vor allem gegen die Atomrüstung wendete. Ein Aufruf der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt, die sich nach wie vor als „Atomwaffenfreie Zone“ bekennt und in der die Friedensbewegung immer eine große Rolle gespielt hat, erschien uns deshalb mehr als angebracht. Allerdings gibt es heute vor Ort kaum noch einen Ostermarschteilnehmer aus der SPD. Unser dahingehender Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls abgelehnt.

Ostermarsch 2019

In diesem Jahr waren die Ostermarsch-Friedensveranstaltungen in vielen Städten sehr gut besucht. Man spürte, die Menschen sind mit der erneuten Aufrüstung nicht einverstanden. Sie unterstützten die Forderungen: „Abrüsten statt aufrüsten – Atomare Kriegsgefahr beenden. Friedenspolitik statt Konfrontation“.

Auf dem Römerberg in Frankfurt sah man auch Menschen aus unserer Stadt. Die DKP/Linke Liste hatte u.a. aufgerufen. Man fuhr nach Niederrad, um von hier aus teilzunehmen.

In diesem Jahr wurde u.a. gefordert: Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel sowie keine neuen Atomwaffen in Europa zu stationieren nach Kündigung des INF-Vertrages.

Gegen eine weitere Militarisierung durch NATO und EU.

Für Entspannungspolitik gegenüber Russland anstatt militärischer Drohkulissen und Wirtschaftssanktionen.

Stopp aller Waffenexporte.

Beendigung der Bundeswehr-Kriegseinsätze und stattdessen Unterstützung für zivile Konfliktbearbeitung.

Abrüstung statt Aufrüstung! Statt Rüstungsausgaben weiter zu erhöhen, sollten diese Gelder in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen investiert werden.

Gefordert wurde ein grundlegender Politikwechsel. Zurückweisung von rassistischer und fremdenfeindlicher Ausgrenzung und Flüchtlingsabschottung. Soziale Sicherheit durch Umlenkung von Rüstungsausgaben in zivile Bereiche.

Eine sozialökologischen Wende gegen den menscheitsbedrohenden Klimawandel.



Nein zu Militarisierung und Krieg

70 Jahre Nato – ist dieses Jubiläum des transatlantischen Militärbündnisses, das im April 2019 offiziell gefeiert wurde, tatsächlich ein Grund zum Feiern? Zwar hat die Nato mit der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Ende des Kalten Krieges ihre Geschäftsgrundlage verloren. Sie hat sich 1991 jedoch nicht aufgelöst. Im Gegenteil, entgegen gegebener Versprechen im Zwei-plus-Vier-Vertrag hat sie sich über Mitteleuropa bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt und sich als globale Interventionsarmee unter Führung der USA neu definiert. In der Ukraine will man jetzt sogar auch die schnelle Aufnahme in die Nato. Damit rückt ein großer Krieg erneut näher.

Mit der Nato sind für Deutschland nicht nur Kriegsbeteiligungen verbunden. Die USA erheben Forderungen an Deutschland und die anderen Nato-Staaten, massiv aufzurüsten und die EU selbst nutzt Differenzen mit den USA unter Trump, um eigene Aufrüstungsprojekte und den Aufbau einer EU-Armee systematisch nach vorne zu bringen. Sie ist damit federführend an dem

neuen Rüstungswettlauf auf der Welt beteiligt. Diese Aufrüstung und die Manöver der Nato, die Zuspitzung der Konfrontation mit Russland fördern jedoch nicht nur die Gefahr von realen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern auch die zwangsläufig damit verbundenen Rüstungsexporte in der ganzen Welt. Sie steht auch im Kontrast zur Sparpolitik der „Schuldenbremse“, die Deutschland sich selbst verordnet und in der EU durchgesetzt hat.

Wichtige Investitionen in die Infrastruktur – in Bildung, Gesundheit, Verkehr und die Armutsbekämpfung oder ökologisch zwingend notwendige, „grüne“ Technologien und Energieträger – werden dadurch verhindert. Zunehmend spitzt sich die Aufrüstung damit doppelt zu. Frieden und soziale Gerechtigkeit bedingen einander.

Die Politik im gegenwärtigen Kapitalismus schafft systematisch Probleme und Widersprüche. Sie werden dann in der Logik des Militärischen bearbeitet.

Wir aber sollten die Ursachen von Konflikten in den Blick nehmen und im Rahmen von positiven Friedenskonzepten bearbeiten.

Es geht um Alternativen, die uns und

die zivilen Bevölkerungen der Welt von Aufrüstung, Kriegsgefahr und sozialer Ungerechtigkeit befreien und internationale Zusammenarbeit und Verständnis fördern. Mittel, die heute zerstörerisch für Krieg und Rüstung ausgegeben werden, müssen freigegeben werden für die Bearbeitung der großen Widersprüche und Probleme, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen.



Kai Degenhardt im Bürgerhaus

Der Sohn des 2011 verstorbenen Liedermachers Franz Josef Degenhardt stellte Songs seines aktuellen Albums „Auf anderen Routen“ vor.

Endlich einmal wieder ein Künstler, der Menschen nachdenklich macht und motiviert.

Eine Musik, mit klarem Standpunkt und Haltung, bestimmte den Abend. Zu dem Konzert hatten der Deutsche Freidenker-Verband, die Humanistische Gemeinschaft Mörfelden-Walldorf und die Fraktion DKP/Linke Liste eingeladen.

FESTIVAL
DER
JUGEND

07. - 10. JUNI | KÖLN

ZEIT FÜR
WIDERSTAND

www.festival-der-jugend.de

Veedel Kaztro
The Movement | DJ Craft
Tagesbesuch ist umsonst!

WORKSHOPS | KONZERTE
VORTRÄGE | FUSSBALL
UND VIELES MEHR

SDAJ

Die gemeinsame Anreise findet per Zug statt und beginnt am Frankfurter Hauptbahnhof. Falls ihr also Interesse an einem Wochenende auf dem Festival der Jugend habt, schreibt uns doch auf Facebook [facebook.com/DKPLinkeListe/](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe/) dann beantworten wir gern alle eure Fragen zum Thema.

„Fridays for Future“

Fridays for Future hat erreicht, dass in unzähligen Haushalten, an Arbeitsplätzen und bei Kulturveranstaltungen das Klima Thema ist. Es wird darüber gesprochen, dass ein Kohleausstieg 2038 zu spät ist und Deutschland noch immer fossilen Brennstoffsubventioniert. Unterstützung erhalten die Streikenden von 14.000 Wissenschaftler*innen und von zahlreichen Lehrer*innen.

Nach vier Monaten zeigen die Schüler*innen freitags hin und wieder Ermüdungserscheinungen, aber aufgeben werden sie nicht. Eher steigt ihr Frust, dass die Politik außer Einladungen in die Abgeordnetenbüros nichts anbietet. Sie fordern, dass die Politik über Inhalte diskutiert und nicht über die Legitimität der Streiks. Noch immer organisieren die Schüler*innen jeden Freitag Streiks. Derzeit grübeln sie parallel dazu über Arbeits- und Absprachestrukturen. Wenn etwa, wie in München, Bußgelder angeordnet oder wenn einzelne Schüler*innen zur Schulleitung zitiert werden, wollen sie diese Fälle sammeln.

„Auf diese Weise bleibt niemand allein“, heißt es. Sie wollen aber auch inhaltlich weiterkommen. Wenn in den Schulen der Klimawandel nicht ausreichend auf dem Stundenplan steht - wie es die Teachers for Future gern hätten - und an den Universitäten Nachhaltigkeit nur als Zusatzthe-

ma im Wirtschaftsstudium verhandelt wird, dann organisieren die Jugendlichen selbst Bildung und Kritik. In Leipzig veranstaltet die Bewegung ein Klimacamp in den Ferien, in Berlin und anderen Städten finden jeden Freitag nach den Demonstrationen und Kundgebungen „Teach-ins“ statt. An den Universitäten wird Nachhaltigkeit zum Teil als Zusatzthema im Wirtschaftsstudium verhandelt, gerade in den Ingenieurwissenschaften wird „climate engineering“ allerdings ein immer breiteres Studienfach mit einer Vielzahl von Bachelor- und Master-Studiengängen.

Fridays for Future politisiert die jungen Menschen. In den Arbeitskreisen und Ortsgruppen geht es immer häufiger auch um den Zusammenhang von Kapitalismus und Klimaveränderung – spätestens seit Greta Thunberg im Dezember sagte, wenn innerhalb des Systems so schwer Lösungen zu finden seien, sollte

vielleicht das System selbst geändert werden. „Dass kleine Veränderungen nicht ausreichend sind, ist vielen klar. Grenzenloses Wachstum auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist nicht möglich, und es braucht ein Umdenken“, sagen sie. Für die jungen Aktivist*innen ist wichtig, diesen Lernprozess selbst zu gestalten. Sie wollen nicht beeinflusst werden von linken Gruppen, Parteijugendverbänden oder Erwachsenen. Vielerorts bestehen zwar Verbindungen zu den Basisgruppen von „Ende Gelände“, der Naturfreundejugend, der Grünen Jugend, der Linksjugend Solid und der SDAJ. Doch auch künftig sollen keine Fahnen von Parteien oder Organisationen die Bilder ihres Protestes bestimmen.

„Ich habe keine Ahnung, wie ein System aussehen kann, das respektvoll mit Mensch und Umwelt umgeht. Aber ich finde es wichtig, dass wir als Jugendliche selbst darüber nachdenken und Utopien entwickeln“, sagte einer der Aktiven.

Zwar erhalten die Schüler*innen finanzielle oder räumliche Unterstützung von autonomen Jugendzentren, Politiker*innen oder NGOs. Aber in erster Linie wollen die Jugendlichen Veränderungen sehen.



Im EU-Wahlkampf ist immer wieder davon die Rede, ein friedliches Europa sei durch die EU entstanden. Die EU ist kein Friedensprojekt. Die europäische Integration war von Anfang an gegen den sozialistischen Block gerichtet und eng mit der NATO verbunden. Heute zeichnet sich die EU durch ihre antirussische und antichinesische Haltung aus. Die EU-Staaten haben, direkt oder indirekt, Kriege geführt in Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, im Irak, in Libyen und der Ukraine. Das neue Militärbündnis PESCO steht für die Aufrüstung der EU. Frankreich und Deutschland entwickeln gemeinsam Waffensysteme und deutsche Militärstrategen diskutieren darüber, „nukleare Abschreckung“ in Europa selbst zu organisieren. Die Ausdehnung der EU nach Osteuropa war die Zündschnur für den anhaltenden Krieg in der Ukraine, den das von Faschisten durchgesetzte Putsch-Regime gegen das Volk führt. Die EU befindet sich auf einem Aggressionskurs gegen Russland und baut Europa zum NATO-Aufmarschgebiet aus. Bei der EU-Wahl: Abrüsten statt aufrüsten fordern! Protest wählen: DKP.

Was hat sich da geändert? Wer hat sich geändert? Und weshalb? In unserem Bild-Archiv sind viele Fotos von frühe-

ren Ostermärschen. Sozialdemokraten unterstützten auch in unserer Stadt die Friedensbewegung. Auf unseren Fotos: Am Bürgerhaus Kurt Oeser, Hans Kolb, Bürgermeister Bachmann.

Bei der Demonstration durch Walldorf ist Pfarrer Kurt Oeser an der Spitze. Auf anderen Bildern marschieren Gerd Schulmeyer (DKP) und der heutige Stadtverordnetenvorsteher Werner

Schmidt (SPD) nebeneinander. Bürgermeister Bernhard Brehl spricht auf dem Römerberg. Im Stadtparlament stimmten sie damals selbstverständlich für den jeweiligen Aufruf. Heute hat sich die SPD in den „großen Koalitionen“ total umgedreht. Auch im hiesigen Rathaus gibt es diese Veränderungen - und dann wundert man sich, wenn ein SPD-Bürgermeister abgewählt wird.



LESERBRIEFE

Zum Neubau eines großen Hauses in der Mörfelden Bahnhofstraße gab es Diskussionen.

Eine Meinung war: Es sei kein riesiges, monströses, unpassendes Gebäude.

Andere schreiben, es sei ein Klotz, der nicht ins Stadtbild passt.

Natürlich wurde in der Vergangenheit vieles „abgerissen“ und man ging nicht sorgsam mit prägender alter Bausubstanz um. Man muss das Thema weiter verfolgen.

In einem Leserbrief von Frau G. Bode heißt es u.a.:

Sieht so unsere zukünftige Innenstadt aus?

In der Innenstadt von Mörfelden-Walldorf entsteht ein Neubau an der Ecke Bahnhofstr./Wolfsgartenstraße. Das Gelände liegt in dem zurzeit noch geförderten aktiven Kernbereich.

Umso mehr wundere ich mich und Anwohner, mit denen ich gesprochen habe, über dieses riesige, flächendeckende Gebäude, das da inzwischen mit Penthouse-Wohnungen im Rohbau entstanden ist. Viele äußern Unmut und finden, dass dieser Bau

dort überhaupt nicht hinpasst. ... Ist das die aktuelle Gestaltung des mit Fördergeldern der Stadt belegten „aktiven Kernbereichs“?

Im Umfeld stehen nur Häuser mit Giebel, Innenhof und meist nach hinten heraus noch einem kleinen Garten. Was also ist die Veranlassung für ein solch großes Gebäude, das sich überhaupt nicht in die Umgebung einfügt? Wer hat das genehmigt? Welche Interessen stehen dahinter?

... Für diejenigen die zukünftig im Neubau wohnen werden, mag es eine schöne Wohnung mit teilweise guter Aussicht sein. Für diejenigen, die teilweise seit Jahrzehnten in den Häusern im Umfeld wohnen, bedeutet der Neubau eine erhebliche Einschränkung ihrer Wohnqualität.

Vor Jahren gab es eine Altstadtwerkstadt, an der auch Bürger beteiligt wurden. Am Dalles wurden die Gebäude im Hinblick auf ihre Historie saniert. Die Sanierung der „aktiven Kernbereiche“ verfolgt ebenfalls andere Gestaltungsziele. Und jetzt ein solcher Neubau?

Ich blicke mit großen Bedenken auf die zukünftige Stadtentwicklung und -gestaltung. Ist Verdichtung der Städte im Umfeld von Frankfurt

in dieser Form unsere Zukunft? Eine schreckliche Vorstellung!

Die Verantwortlichen sollten sich fragen, ob sie ein solches Bauwerk vor ihrem eigenen Hause genehmigen würden. Unsere Stadtplaner sollten mit Weitblick und in der Verantwortung für alle handeln und nicht nur für gerade angesagte „soziale“ Projekte. Und sie sollten sich Gedanken machen, was den Charakter von Mörfelden ausmacht.

Ich bin sicher, dass die Bebauung dieses Grundstückes anders als mit solch einer massiven Bebauung hätte gelöst werden können. Aber das lag offensichtlich nicht im Interesse der Planer und Verantwortlichen ...

**Wir bedanken uns für
Hinweise und für die
großen und kleinen
Spenden, die wir erhalten!**

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Tarek Al-Wazir auf dem Dalles. Die DKP-LL zeigte ein Transparent „Billigflieger - Mehr Krach, mehr Dreck, weniger Wald“. Thomas Winkler (neugewählter Bürgermeister) und Baldur Schmitt (neugewählter Vorsitzender der örtlichen SPD) sind im Gespräch. Gespräche sind wichtig - wichtiger ist, Druck aufzubauen, damit man im Flughafenumland morgen noch vernünftig leben kann.

Fraport lockt die Billig-Flieger

Man hat diese Entwicklung aus Profitgründen geplant, gefördert und gesteuert. Jetzt wollen immer mehr Menschen fliegen.

Die Luftfahrtindustrie ist begeistert, viele Menschen leiden unter dem Lärmteppich, dem Zubringerverkehr, den Waldverlusten, der Klimaverschlechterung und der schlechter werdenden Luft.

Aber daran hängen doch auch Arbeitsplätze, sagt man und es wurden bei uns sogar Transparente abgehängt, wegen dem „guten Nachbarn“ Fraport.

Viele siedelten sich im Flughafenumland an, als Fliegen Luxus war. Die meisten Familien machten einmal im Jahr eine Autoreise in den Süden. Heute fliegt jeder. Eine Woche nach Mallorca oder auf ein Wochenende zum Shoppen nach London. Es gibt immernoch innerdeutsche Kurzflüge. Fliegen ist meist billiger, als mit der Bahn zu fahren. Diese Entwicklung muss korrigiert werden. Der Klimawandel steht vor der Tür.

Außerdem, es gibt heutzutage chaotische Zustände im europäischen Luftverkehr. Der Himmel ist voll und die Terminals platzen aus allen Nähten.

Auch am Frankfurter Flughafen war die Entwicklung lange erkennbar. Statt das Angebot den Kapazitäten anzupassen, ist Fraport den umgekehrten Weg gegangen.

Sie hat noch die Billig-Airlines mit finanziellen Anreizen angelockt. Fraport und die Landesregierung tragen ein gehöriges Maß Mitschuld an den Problemen.

Auch die „Transparent-Abhängiger-Freien-Wähler“ in unserer Stadt sollten einmal drüber nachdenken.

Billigflieger klimaschädlicher als Kohle

Vergleiche sind immer problematisch, aber ein starkes Indiz ist es allemal: Unter den Top Ten der Emittenden von CO₂ im EU-Emissionshandelssystem EU-ETS im Jahr 2018 sind neun Kraftwerke und eine Fluggesellschaft: Ryanair.

Die irische Airline belegt Platz 9 in der Hitliste, davor liegen 8 Braunkohle-Kraftwerke (7 davon aus Deutschland), danach ein polnisches Steinkohle-Kraftwerk.

Würde man allerdings noch berücksichtigen, dass CO₂ höchstens die Hälfte, vielleicht sogar nur ein Viertel der Klimawirkungen des Luftverkehrs ausmacht, würde Ryanair noch etliche Braunkohle-Kraftwerke hinter sich lassen. Ryanair-Chef O'Leary interessiert das allerdings nicht, er hält die Wissenschaft vom Klimawandel für kompletten und völligen Unsinn.

ANZEIGE

Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen.

Vermögensabgabe,
Bankenkontrolle,
Steuergerechtigkeit.

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.

Demnächst noch mehr Fluglärm

Die Verspätungsprobleme bestehen am Frankfurter Flughafen weiter. Wir werden es in der Urlaubszeit merken.

Schlechte Nachrichten kamen auch von der Deutschen Flugsicherung. Sie informierte darüber, dass die vor fünf Jahren eingeführte Praxis der Anhebung der Gegenflüge um 1000 Fuß aus Sicherheitsgründen künftig nicht mehr weiter betrieben werden könne.

Man rechnet damit, dass als Folge dort mit „deutlich höheren Belastungen“ zu rechnen ist.

Stadtgeschichten



Der Aufruf zur Veranstaltung am 1. Mai in unserer Stadt und auch früher in den beiden selbstständigen Gemeinden Walldorf und Mörfelden hat eine lange Tradition. Beide Orte waren schon früh Arbeiterwohn-gemeinden mit vielen Bauarbeitern, die in den umliegenden Städten - hauptsächlich in Frankfurt - unter oft unmenschlichen Bedingungen ihr Brot verdienten. Sie gründeten schon vor 122 Jahren, in Walldorf am 2. Mai 1897 im Gasthaus „Zur Waldlust“ und in Mörfelden am 23. August 1897 im Lokal „Zum Boppeschänkelche“ eine Zweigstelle der Maurergewerkschaft. Der Kampfeswille war sehr groß, denn schon im Jahre 1906 waren 95 Prozent der Bauarbeiter Mitglied ihrer Gewerkschaft. So war es selbstverständlich, den 1. Mai, den Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung, zu begehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Faschismus und Verbot der Gewerkschaften, fanden sich auch in unserer Stadt wieder Gewerkschafter, die 1946 erstmals wieder zur Maikundgebung ins damalige Volkshaus (heute Bürgerhaus) aufriefen. Auf alten Fotos kann man auf den Transparenten lesen, wofür damals gekämpft wurde. Vieles wurde erreicht oder verbessert z.B. „Höhere Löhne“, „Kürzere Arbeitszeiten“, „35-Stundenwoche“. Andere Forderungen sind auch heute noch aktuell wie „Der Kampf für Frieden auf der Welt“ und „Gegen Atomwaffen“. Hinzu kommen heute Aufrufe gegen zu hohe Mieten und fehlenden Wohnraum.

Das heutige Foto zeigt einen Blick in den gut gefüllten Saal des Bürgerhauses am 1. Mai, etwa im Jahre 1968. Damals machte die SPD noch keine eigene Maiveranstaltung. Am vorderen Tisch sieht man den damaligen Mörfelder Bürgermeister Kurt Bachmann und ihm gegenüber den damaligen DGB-Ortskartellvorsitzenden Artur Siegel.

Hallo liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung.

Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ helfen - durch Mitarbeit und Informationen.

Wir freuen uns über alte und neue Fotos.

Wir freuen uns auch weiter über ihre finanzielle Unterstützung.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

**Konzert: Florian Schwappachers
Projekt „Elements“**

Samstag, 4. Mai - 20 Uhr - Eintritt: € 10,-/8,-
(erm.) - VVK im KuBa und bei Giebel

**Aus anderer Schüsseln schmeckt es
immer besser!**

Freitag, 10. Mai - 18 Uhr - Essen € 10,-
(mit Stadtpass frei), VVK im Integrationsbüro

**Das Vinyl wird gerettet - Thema »Original
und Fälschung“**

Donnerstag, 16. Mai - 20 Uhr - Eintritt frei

KuBa



Country und Blues Jam Session

Freitag, 17. Mai - 20 Uhr - Eintritt frei

Familienfrühstück Samstag, 18. Mai
10-14 Uhr - Buffet gegen Spende

Bal Folk Session

Mittwoch, 22. Mai - 19:30 Uhr - Eintritt frei

Quiz-Night

Freitag, 24. Mai - 20 Uhr - Eintritt frei

Marktplatz Ehrenamt

Samstag, 25. Mai - 14-18 Uhr - Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Es gehd alles,
nur die
Fresch hibbe.